



Fragen und Fakten, die nach der Präsentation des Ratsbegehrens im Raum stehen

Die Vertreter des Ratsbegehrens gaben sich zweifellos viel Mühe, um ihr Angebot im vollen Scheinwerferlicht ausschließlich von der besten Seite zu präsentieren. Bei nüchterner Betrachtung war Ihre Vorgehensweise allerdings in der Richtung weit überwiegend destruktiv mit vielen Schaubildern, die vom optischen Eindruck wohl suggerieren sollten, dass die Mauern an vielen Stellen eigentlich bald einstürzen müssten. Ihr jetzt zum Versand anstehender Flyer unterstreicht das nur eben gedruckt. Ständige Wiederholungen verhelfen nicht zu mehr Wahrheitsgehalt. Die Hoffnung trägt, dass Quantität irgendwann in Qualität umschlägt. Wir versuchen dabei im Nachfolgenden, auf dem Pfad der Sachlichkeit, der nüchternen Fakten zu bleiben.

Faktencheck

Auch ob die Aussagen von Statik-Ingenieuren zu den Mauern tatsächlich so waren, wie Baureferent Christoph Seidel sie wiedergab, verdient insgesamt ein Fragezeichen. Denn ohne genaue Untersuchung der Mauern könnte doch keiner eine sichere Bewertung mit Brief und Siegel abgeben. Dabei müssten sie sich auch mit dem Umstand auseinandersetzen, dass die Ufermauern auf beiden Seiten beim Hochwasserscheitel am 28.05.2006 um 5.45 Uhr dem seitlichen Druck von rund 60 Kubikmeter pro Sekunde standgehalten haben. Übrigens sahen damals sahen die Mauern beidseits auch nicht anders aus als heute. (Wer die Quelle beim Hochwassernachrichtendienst des Bayerischen Landesamtes für Umwelt – hnd.bayern.de – nachlesen will, findet sie hier: https://media.hnd.bayern.de/berichte/md_fghw_0506.pdf. Es lohnt sich beide Seiten zu lesen. Gerade auch in Bezug auf den Weißen Main am Pegel Bad Berneck). Von der Menge war dies das fünffache des Höchstwerts von 11,8 Kubikmeter pro Sekunde des letzten Schmelzhochwassers vom 29.01.2021 um 23.00 Uhr, das den vorderen Teil der Insel unter der Rathausbrücke überspülte. Viele Behauptungen der Ratsmehrheit beruhen auf Angaben von Unternehmen, die in der Sache eigenwirtschaftliche Interessen vertreten, die Partei sind.

Eine Auseinandersetzung mit nachprüfbaren Fakten, die für Robustheit und Stehvermögen oder umgekehrt der Einsturzgefahr der Mauern beidseits sprechen, suchte man bei Christoph Seidel aber vergebens. Ob Absicht oder anderes, sei dahingestellt. Auch wissen wir nicht, wie die konkrete Planung auf der ganzen Ufermauerstrecke aussehen soll, die das Kriterium der „Verbesserung der Infrastruktur“ erfüllen muss, um Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zu erhalten. Könnte uns dieses Kriterium in Zeiten des Klimawandels etwa eine neue, durchgehende Ölschnitzuferstraße bescheren? Darauf soll im nächsten Beitrag näher eingegangen werden. Denn zwischenzeitlich liegt dem Verfasser auch die Antwort der Regierung vom Oberfranken auf seine Anfrage vom 09.02.2021 vor.



Eine Fehlleistung und andere Kenntnislücken

Eine ebenso gefährliche wie peinliche Fehlleistung lieferte allerdings Frau Resch-Heckel, als sie ab Zeitpunkt eine Stunde und 25 Minuten (1:25:00) ihre Stellungnahme abgab. Bei der Förderkulissee bezeichnete sie die seinerzeit mit der Regierung von Oberfranken besprochene besondere Höhe der Förderung von 90 Prozent (normal 60 Prozent) nur für den gestalterischen Mehraufwand durch Peter Haimerl als „in Aussicht verbindlich“ für Bad Berneck.

Solche Erörterungsgespräche sind im Vorfeld üblich. Sie dienen der gegenseitigen Information und Abklärung. Aber die dort angesprochenen Höhen möglicher Fördersätze sind rechtlich betrachtet völlig unverbindliche Absichtserklärungen – unabhängig und ohne Ansehen der Person, die sie abgibt (auch wenn es die Frau Regierungspräsidentin persönlich war). In der erwähnten Höhe sind sie nirgendwo einklagbar. In der Vergangenheit konnten sie in der Regel erfüllt werden konnten, weil die Mittel vorhanden waren. Ob das jetzt noch so ist??? Dennoch „erwärmen“ sich die Unterstützer jetzt weiter an Resch-Heckel's Aussage und nehmen sie für bare Münze, dass dies auch in Zukunft immer noch weiter so kommen müsste – wenn sie sich da mal nicht täuschen. Näheres dazu weiter unten beim Kassensturz – es ist wirklich ernst.

Und es wird noch ernster, wie dieser Exkurs-Absatz zeigt. Die Zusagen nur des Freistaats Bayern für die Pensionen und Beihilfen zu den Krankenversicherungen seiner Pensionäre betrogen im Jahr 2019 in der Summe bereits 34 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auf jede*n Einwohner*in umgelegt machte dies eine Schuldenverpflichtung in Höhe von 16.368 Euro (Quelle: <https://www.iwd.de/artikel/pensionen-setzen-bund-und-laendern-zu-487605/>). Und die geburtenstarken Jahrgänge ab 1955 kommen erst noch, die der Freistaat in den 70er und 80er Jahren verbeamtet hat. Davor warnen seit Jahren so gut wie alle Wirtschaftsinstitute. **Diese staatlichen Verpflichtungen werden in jedem Fall den künftigen Fördermitteln stets vorgehen!**

Verbindlichkeit für die Höhe der Quote oder der Zuweisung schafft erst der Förderbescheid. Und selbst dann steht der Betrag immer unter dem sogenannten Haushaltsvorbehalt. Das betrifft letztlich die Ratenzahlung der Förderung.

Der Freistaat macht, wie alle Bundesländer und der Bund, zur Planungssicherheit aller eine mittelfristige Finanzplanung, mit wieviel Steuereinnahmen er im Voraus rechnen kann/darf und was er daraus auf welche Haushaltstitel verteilen muss und wo er dann noch Spielräume hat. Bad Berneck muss jede geförderte Maßnahme über Kreditaufnahmen vorfinanzieren. Die 11,4 Millionen Euro Verschuldung der Stadt Bad Berneck, Stand: 31.12.2020, plus 11,6 Millionen Euro Kostenansatz von SRP (die vermutlich nicht reichen werden) machten nur rechnerisch schon 23 Millionen Euro. Und da macht es schon einen Unterschied, ob es drei, fünf oder mehr Jahresraten werden, um wieder auf den Stand Jahresende 2020 zu kommen.





Denn auf die Höhe und Entwicklung der Verschuldung schaut wiederum die kommunale Rechtsaufsicht. Sie bestimmt damit letzten Endes auch den Handlungsspielraum, der unserer Stadt in Zukunft verbleibt. Man könnte auch sagen, den Letzten beißen immer die Hunde: nämlich die Gemeinden. Und das berührt sämtliche Felder des dringenden Handlungsbedarfs, die sich unter anderem mit Feuerwehrgerätehaus und weiterer Sicherung des Schulstandortes bereits am Horizont abzeichnen.

Kassensturz beim Freistaat

Frau Resch-Heckel sprach zudem von der günstigen Situation der letzten Jahre und schrieb diese in Gedanken einfach fort, ohne Realitäts-Check. Gemeint waren die Steuereinnahmen, die bisher Vieles ermöglichten. Zwischenzeitlich rechnete aber das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat laut Pressemitteilung vom 13.11.2020 in seinen aktuellen Steuerschätzungen mit Mindereinnahmen für das laufende Jahr 2020 in Höhe von -3,5 Milliarden, für 2021 in Höhe von -3,7 Milliarden sowie für 2022 mit -3,5 Milliarden Euro (<https://www.stmfh.bayern.de/internet/stmf/aktuelles/pressemitteilungen/24297/index.htm>).

Außerdem stellt der Freistaat anstelle eines Doppelhaushalts für die Jahre 2021/2022 nur noch einen für das Jahr 2021 auf. „Die Corona-Pandemie ist noch lange nicht vorbei. Aufgrund der bestehenden Unwägbarkeiten ist es seriöser, weiter auf Sicht zu fahren und so agiler zu bleiben. Daher haben wir uns für einen Einjahreshaushalt entschieden“, so Finanzminister Albert Füracker (CSU) damals in der Pressemitteilung. Leider scheint er damit weder zu Frau Resch-Heckel, zum Finanzreferenten Hans Kreuzer, zum Baureferenten und CSU-Ortsverbandsvorsitzenden Christoph Seidel noch zur Stadtratsmehrheit und den Anhängern der Ufermauersanierung vorgedrungen zu sein. Dies schließt auch unseren ansonsten geschätzten Genossen und 1. Bürgermeister Jürgen Zinnert ausdrücklich mit ein. Die Pandemie greift tiefer als gedacht in unser aller Leben ein, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht.

Offensichtlich drang ein zeitlich noch früher gefasster, ganz gewichtiger Umstand ebenfalls nicht durch. Der Landtag hat mit Gesetz vom 24.05.2020 dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat eine Kreditermächtigung für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 20 Milliarden Euro für den Sonderfonds Corona-Pandemie ausgestellt, damit die Mindereinnahmen ausgeglichen und die Mehrausgaben gedeckt werden können. Damit war doch vorgegeben, dass die in der Höhe und in Zukunft noch gar nicht endgültig feststehende Summe der Kreditaufnahme auch wieder getilgt werden muss.

Dies könnte auch erklären, warum sich der direkt gewählte Stimmkreisabgeordnete Martin Schöffel (CSU) aktuell nicht vernehmlich zum „Leuchtturm“ von CSU und FW äußert. Verläuft hier etwa eine scharfe Trennlinie zwischen politischer Professionalität und kommunalem Ehrenamt?



Fasst man alles zusammen, ist die Beschreibung sicher nicht übertrieben, dass trotz der zur Vorsicht mahnenden Faktenlage die Vertreter des Ratsbegehrens auch mit ihrem Flyer offenbar weiter versuchen werden, den Bürgerinnen und Bürgern eine Art „Katze im Sack“, als „alternativlos“ zu verkaufen.

Die Abstimmung über den Bürgerentscheid und das Ratsbegehren ist für die unmittelbaren Anwohner auf beiden Seiten der Ölschnitz die vielleicht wichtigste Wahl ihres Lebens. Denn das Ergebnis greift in ihr direktes Lebensumfeld ein und wird es ganz maßgeblich ihr Leben lang mitbestimmen. Aber auch wir anderen, wir werden alle mitbetroffen sein, weil es um unsere Heimat geht.

Gewinnt das Ratsbegehren, dann soll eine Lösung kommen, die auf absehbare Zeit nicht mehr umkehrbar ist. Die Ersten, die dann vielleicht diese Wahl haben könnten, ist wohl die (Ur)Enkelgeneration, die derzeit die Krippen bevölkert. Erst sie könnten etwa bei Erreichen des Rentenalters die nächste Abstimmungsmöglichkeit haben zwischen Betonsanierung und Abriss/Neugestaltung.

Der Bürgerentscheid kann zwar keine allumfassenden Antworten auf sämtliche Fragen liefern. Er bedeutet ein Moratorium. Seine Befürwortung hält vorerst alle Optionen offen für genauere Prüfungen und Überlegungen. Corona sollte uns doch Mahnung sein, über grundlegende Dinge tiefer nachzudenken, was uns antreibt, und innezuhalten. Die Pandemie darf uns nach allen akzeptierten, geduldig und solidarisch ertragenen Einschränkungen im Leben der letzten zwölf Monate nicht auch noch unser Denken für die gemeinsame Zukunft von Befürwortern und Ablehnenden vernebeln und mindern!

Für den SPD Ortsverein Bad Berneck
Albrecht Diller, Stellvertretender Vorsitzender
Februar 2021